

N i e d e r s c h r i f t

(HFPA/002/2013)

über die 2. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses - Haushalt am Mittwoch, dem 30.01.2013, 16:00 - 21:15 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Sitzungspause von 19:15 bis 19:45 Uhr

Der zweite Sitzungstag am Donnerstag, 31.01.2013, wurde nicht benötigt.

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:20 Uhr

5. Mitteilungen zur Kenntnis

- | | | |
|------|---|---------------------------------|
| 5.1. | Antrag Grüne Liste zum Haushalt: Woche gegen Rassismus | 13-4/028/2013
Kenntnisnahme |
| 5.2. | StUB - Aktueller Sachstand | VI/023/2013
Kenntnisnahme |
| 5.3. | Haushaltsanmeldungen für 2013;
hier: Maßnahmenbeschreibung zur IvP-Nr. 458.400 (StUB) | 610.1/013/2013
Kenntnisnahme |
| 5.4. | Bebauungsplan Nr. 380 "Universität Staudtstraße" - Übernahme der
Kosten für Kampfmitteluntersuchung und -räumung durch den Bund | 31/202/2013
Kenntnisnahme |
| 5.5. | Finanzielle Auswirkungen bei Einstellung von zusätzlichen
Überwachungskräften für die Verkehrsüberwachung in Erlangen
Tischauflage | 321/089/2013
Kenntnisnahme |
| 5.6. | Baumaßnahme Jugendtreff Innenstadt, Liste A, Lfd. Nr 13
Tischauflage | 242/277/2013
Kenntnisnahme |

5.7.	Bauunterhalt - verfügbare Mittel im Ergebnis-Haushalt Tischauflage	241/064/2013 Kenntnisnahme
6.	Schaffung von 18 Krippenplätzen durch Umbau von Gemeindehaus und Kindergarten im Familienzentrum Bismarckstraße in Trägerschaft des Hensoltshöher Gemeinschaftsverbandes e.V.; hier: Investitions- und Betriebskostenförderung	512/088/2012 Gutachten
7.	Schaffung einer Kinderkrippe mit 13 Plätzen im Rahmen eines Umbaus des Kindergartens Regenbogen in Erlangen, Büchenbacher Anlage 29, durch die AWO, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.	512/089/2012 Gutachten
.	Haushaltsberatungen 2013 Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2013	
8.	Bauinvestitionscontrolling - Stellenumwandlung	ZV/033/2012 Beschluss
9.	Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2013, siehe Verwaltungsvorlage 2. Neufassung vom 01/2013	113/007/2013 Gutachten
10.	Wortanträge zum Haushalt 2013	
10.1.	Antrag zum Haushalt: Haushaltskonsolidierung 2013 - Höhere Beteiligung der Sparkasse hier: Antrag Nr. 190/2012 der Stadtratsfraktion Grüne Liste	13/045/2013 Beschluss
10.2.	Antrag zum Haushalt 2013: Aktiv-Card für pflegende Angehörige hier: Antrag Frau Stadträtin Grille Nr. 217/2012 vom 22.11.2012	13-3/012/2013 Beschluss
10.3.	Antrag zum Haushalt: Transparenter Haushalt hier: Antrag Nr. 197/2012 der FDP-Stadtratsfraktion	II/193/2012 Beschluss
10.4.	Antrag zum Haushalt 2013 - Mikrofonanlage Kleiner Sitzungssaal- Antrag Grüne Liste und Anfrage der SPD	242/272/2012 Beschluss
10.5.	Antrag zum Haushalt 2013: Planungskosten StUB, Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 212/2012 vom 26.11.2012	613/126/2012 Beschluss
10.6.	Fahrbibliothek: Haltestelle Hüttendorf; ödp-Fraktionsantrag-Nr. 123/2012 vom 10.10.2012: Bücherbusversorgung in den Stadtteilen	42/038/2012 Beschluss

- | | | |
|-------|--|---------------------------|
| 11. | Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der zurückgestellten bzw. in den HFPA verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt 2013
siehe gesonderte Unterlagen der Kämmerei zur HH-HFPA-Sitzung am 30.01.2013 | II/203/2013
Beschluss |
| 12. | Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der zurückgestellten bzw. in den HFPA verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Finanzhaushalt 2013/Investitionsprogramm 2012-2016
siehe gesonderte Unterlagen der Kämmerei zur HH-HFPA-Sitzung am 30.01.2013 | II/204/2013
Beschluss |
| 13. | Erörterung und Begutachtung der unterjährigen Ausschuss-Sachentscheidungen zum Ergebnishaushalt 2013, Finanzhaushalt 2013/Investitionsprogramm 2012-2016, die weder im Entwurf, noch als Nachmeldung der Verwaltung bislang berücksichtigt wurden
siehe gesonderte Unterlagen der Kämmerei zur HH-HFPA-Sitzung am 30.01.2013 | II/205/2013
Beschluss |
| 14. | Erörterung und Begutachtung der mittelfristigen Finanzplanung 2012 - 2016 mit Investitionsprogramm, Haushaltsvermerke 2013, Haushaltspläne 2013 der rechtlich unselbständigen Stiftungen | II/206/2013
Beschluss |
| 15. | Haushaltspläne der rechtlich selbständigen Wellhöfer-Feigel-Heindel-Stiftung und der Vereinigten Erlanger Wohltätigkeitsstiftung für 2013 | II/201/2013
Gutachten |
| 16. | Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und Begutachtung der Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme
siehe Band Arbeitsprogramme 2013 | |
| 16.1. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13);
siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form ab Seite 13 ff. | 13/044/2013
Beschluss |
| 16.2. | Ergänzung des Arbeitsprogramms der Kämmerei, Hebesatzänderungen, Übertragung der städt. Bäder auf die ESTW
siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form ab Seite 53 ff. | 20/036/2013
Beschluss |
| 17. | Budgetierungsregeln 2013 | 112/074/2013
Gutachten |
| 18. | Anfragen | |

TOP 5

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 5.1

13-4/028/2013

Antrag Grüne Liste zum Haushalt: Woche gegen Rassismus

Sachbericht:

In der HFPA-Sitzung am 16.1.2013 wurden zum HH-Antrag der Grünen Liste, lfd.Nr. 13.9 „Woche der Brüderlichkeit“ ergänzende Informationen erbeten; die Nachfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadt Erlangen beteiligt sich seit 4 Jahren mit einem eigenen Veranstaltungsprogramm an den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“. Seit dem vom Stadtrat am 28.01.2009 einstimmig verabschiedeten Dringlichkeitsantrag 033/2009 der Grünen Liste Stadtratsfraktion werden die Wochen gegen Rassismus jährlich mit 2.000,-€ unterstützt; diese wurden in den letzten Jahren aus den allgemeinen Budgetmitteln des Schulverwaltungsamtes dem Bürgermeister- und Presseamt (SG 13-4) für Projekte im Rahmen der Woche gegen Rassismus zur Verfügung gestellt. Eine Erhöhung der Budgetmittel bei Amt 40 ist seinerzeit jedoch unterblieben! Da die Gesamtkoordination der Wochen bei Amt 13-4, Geschäftsführung des Ausländer- und Integrationsbeirats, stattfindet, soll im Einvernehmen der beteiligten Ämter künftig die Bereitstellung und Abrechnung der Mittel über Amt 13 erfolgen.

Der vorgenannte Betrag von 2.000 € dient vor allem dazu, die Erlanger Schulen ohne Rassismus zu unterstützen – die Zahl der Schulen ohne Rassismus ist seit dem Jahr 2009 von zunächst 2 Schulen auf derzeit 5 Erlanger Schulen gestiegen; der Förderbeitrag blieb jedoch unverändert. Für die Finanzierung haben in den letzten beiden Jahren der Ausländer- und Integrationsbeirat sowie das Jugendparlament gemeinsam um Spenden geworben, weitere Mittel kamen von den Elternbeiräten der beteiligten Schulen sowie vom Erlös verkaufter Eintrittskarten (zus. ca. 3.400 €/Jahr).

Um den tatsächlichen Kostenbedarf für die Aktivitäten „Woche gegen Rassismus“ und „Schulen ohne Rassismus“ zu decken, werden Mittel in Höhe von insgesamt 6.000,- € benötigt, die nun im Budget von Amt 13 bereit zu stellen sind. Ggfs. darüber hinausgehende Kosten sollen auch künftig durch die Einwerbung von Spendenmitteln abgedeckt werden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5.2

VI/023/2013

StUB - Aktueller Sachstand

Sachbericht:

Mit den Anlagen informiert die Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Stadt-Umlandbahn.

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag von Herrn StR Dr. Janik zum Tagesordnungspunkt erhoben. Er bittet mit der Bay. Staatsregierung abzuklären, was sich durch den einstimmigen Kabinettsbeschluss am Inhalt der diversen Schreiben der Ministerien verändert hat.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis eine Klärung zu.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5.3

610.1/013/2013

**Haushaltsanmeldungen für 2013;
hier: Maßnahmenbeschreibung zur IvP-Nr. 458.400 (StUB)**

Sachbericht:

Im Haushalts-UVPA am 15.01.2013 hat Herr Stadtrat Dr. Zeus die Maßnahmenbeschreibung zur StUB (IvP 548.400) hinterfragt. Der Haushaltsplanentwurf 2013 enthält wegen des frühen Drucklegungstermines leider hierzu nicht die aktuelle Fassung, die nun in Anlage beigefügt ist und dem HFPA hiermit zur Kenntnis gegeben wird.

Die Anfrage im UVPA ist damit erledigt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5.4

31/202/2013

Bebauungsplan Nr. 380 "Universität Staudtstraße" - Übernahme der Kosten für Kampfmitteluntersuchung und -räumung durch den Bund

Sachbericht:

Die Haftung des Bundes endete im Februar 2008. Der Bund haftete zudem nur für Bodenverunreinigung, wenn eine Gefahr für die Umwelt bestand.

Die Räumung von aufgefundenen Sprengstoffen oder Munition übernimmt der Freistaat Bayern auf seine Kosten. Die Untersuchung auf derartige Stoffe obliegt der Stadt Erlangen.

Im vorliegenden Fall gab es aufgrund der zurückliegenden Untersuchungen keine Verdachtsmomente auf schadstoffhaltige Ablagerungen oder militärische Sprengstoffe. Selbst nach dem heutigen Wissen hätte die Stadt Erlangen die Untersuchung auf eigene Kosten veranlassen müssen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5.5

321/089/2013

Finanzielle Auswirkungen bei Einstellung von zusätzlichen Überwachungskräften für die Verkehrsüberwachung in Erlangen

Sachbericht:

In der Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses am 15. Januar 2013 wurde unter dem Punkt 32.2 (Antrag der GL 187/2012; Abführung KVÜ, zwei Stellen zusätzlich) zum Haushalt 2013 festgelegt, ergänzende Informationen vom ZV-KVÜ einzuholen. Diese mit Schreiben des ZV-KVÜ vom 22.1.2013 übermittelten Informationen werden zur Kenntnis gebracht (vgl. Anlage).

Neben den einmaligen Einrichtungskosten des Arbeitsplatzes für einen Außendienstmitarbeiter (ADMA; ca. 10.000 Euro) und den laufenden Aufwendungen (ca. 42.000 Euro/ADMA pro Jahr) fallen anteilige "Innendienstkosten" wie z. B. Miete, Personalkosten Innendienstmitarbeiter usw. an.

Der ZV-KVÜ weist darauf hin, dass zu den Einnahmen-/Ertragserwartungen für die ADMA aus verschiedenen Gründen nur spekulative Äußerungen abgegeben werden könnten. Insgesamt dürfte sich nach Auskunft des ZV-KVÜ die Rentabilität der Überwachung des ruhenden Verkehrs leicht verbessern. Es kann jedoch nicht mit erheblich höheren Einnahmen gerechnet werden.

Als Abschlussergebnis geht der ZV-KVÜ davon aus, dass für den ruhenden Verkehr in Erlangen für das Jahr 2013 insgesamt 11.700 Euro an die Stadt überwiesen werden können. Dies bedeutet, dass man bei 16 eingesetzten Mitarbeitern in Erlangen ein positives Ergebnis von ca. 730 Euro je ADMA erwartet. Eine Intensivierung der Überwachung durch zusätzliches Personal dürfte aber auch positive Effekte auf die Parkraumbewirtschaftung sowie auf die Verkehrsabläufe bzw. Verkehrsverhalten in Erlangen haben.

Berechnungen mit Einnahmesteigerungen bis zu 100.000 Euro berücksichtigen große Kostenblöcke (s. o.) nicht. Wie vom ZV-KVÜ dargestellt, würde sich die Einnahmesituation für die Stadt Erlangen nur unwesentlich verändern.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5.6

242/277/2013

Baumaßnahme Jugendtreff Innenstadt, Liste A, Lfd. Nr 13

Sachbericht:

Neubau eines Jugendtreffs mit Fahrradwerkstatt

Es liegt der Entwurf des Architekten, Herrn Gentner, Nürnberg als Sieger des kleinen Ideenwettbewerbs zu Grunde (Kostenannahme ohne die im Entwurf dargestellten Fahrradabstellhäuschen und ohne die Anlagen für das E- Werk: Bühne, Ausschank, Lager)

- Abbruch der Fahrradwerkstatt am E- Werk:	20.000€
- Baukosten 300 + 400:	750.000€ (500 qm BGF x 1.500 € pro qm BGF)
- Nebenkosten davon 25%:	188.000€
- Wiederanpassung der Außenanlagen:	40.000€
Summe ca.	990.000€

Verteilung der Mittel:

- 2013	50.000€
- 2014	600.000€ + VE 340.000€
- 2015	340.000€

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 5.7

241/064/2013

Bauunterhalt - verfügbare Mittel im Ergebnis-Haushalt

Sachbericht:

In den „Antragsunterlagen Haushalt 2013“ nimmt die Kämmerei Stellung zur Entwicklung des Sachmittelbudgets des GME (vgl. Seite 2 in der Fassung 10. Dezember 2012):

Stellungnahme Kämmerei:

Budgetvolumen 2010: 12.408.500 EUR ohne MNB

Budgetvolumen 2011: 13.547.800 EUR ohne MNB

Budgetvolumen 2012: 15.388.000 EUR ohne MNB

Budgetvolumen 2013: 17.750.000 EUR im Verw.-entwurf

Seit 2010 wurde das Budget um mehr als 5,3 Mio EUR erhöht (+ 43 %).

Vom Fachamt wurden im Sachmittelbudget für Unterhaltsmaßnahmen (Kontengruppe 521/522) veranschlagt:

2010: 5.680.700 EUR

2011: 6.148.900 EUR

2012: 6.646.300 EUR

2013: 8.924.800 EUR

Seit 2010 hat das Fachamt die Mittel für Unterhaltsmaßnahmen um ca. 3,2 Mio EUR erhöht (+ 57 %). Mit dieser Finanzausstattung sollte es möglich sein, innerhalb des Budgets Umschichtungen vorzunehmen und den Sanierungsstau sukzessive abzubauen.

Ergänzend zu dieser Stellungnahme werden nachstehende Erläuterungen zur Kenntnis gegeben:

In den Kontengruppen 521 und 522 werden nicht nur die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Bauunterhalt) abgebildet, sondern auch die Aufwendungen für den

- Unterhalt von Maschinen, Geräten, Ausstattung, Ausrüstung,
- Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG unterhalb Wertgrenze),
- Unterhalt von Betriebs- und Geschäftsausstattung und
- Unterhalt des sonstigen beweglichen Vermögens.

Die Entwicklung der nicht investiven Ansätze für die Sachgebiete 242-1/Bauunterhalt, 242-2/Betriebstechnik und 242-3/Neubau ist der Tabelle 1 und der Abbildung 1 zu entnehmen.

Ansätze für Bauunterhalt/Betriebstechnik/Neubau	2010	2011	2012	Entwurf 2013
Bauunterhalt/Betriebstechnik allgemein	2.755.400 €	2.531.900 €	2.712.800 €	2.693.800 €
Sondermaßnahmen	1.873.200 €	2.762.000 €	3.168.500 €	4.915.000 €
Brandschutz (Ansätze bis 2007 investiv)	700.000 €	600.000 €	480.000 €	500.000 €
Dienstwohnungen	0 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
Brunnen und Denkmale	140.000 €	140.000 €	40.000 €	370.000 €
Energiesparmaßnahmen	150.000 €	0 €	150.000 €	150.000 €
Kabelmanagement (bis 2009 Amt 12)	65.000 €	65.000 €	50.000 €	205.000 €
Bauunterhalt Infrastrukturfond Schulen	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
	5.713.600 €	6.178.900 €	6.681.300 €	8.913.800 €

Tabelle 1

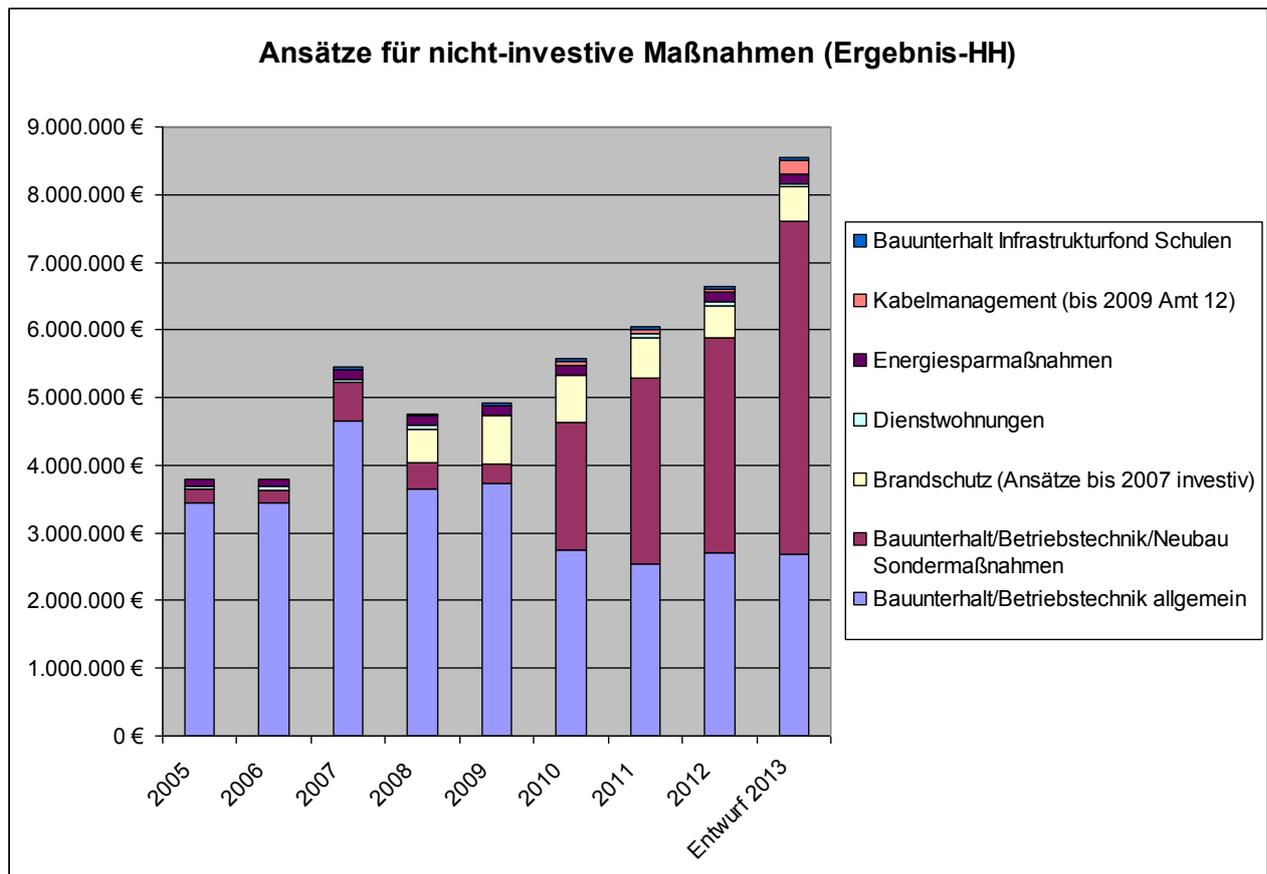


Abbildung 1

Das Budget hat sich seit 2010 zwangsläufig um 43 Prozent erhöht, da sich mit Einführung der Doppik die Zuordnung der Maßnahmen in investive und nicht investive grundlegend geändert hat.

Die Verschiebung der Mittel vom Vermögens- in den Ergebnis-Haushalt führt bei den Ansätzen für die Sondermaßnahmen Bauunterhalt/Betriebstechnik/Neubau im Vergleich zu 2010 zu einer Erhöhung um 162 Prozent (vgl. Tabelle 2).

Ansätze für Sondermaßnahmen Bauunterhalt/Betriebstechnik/Neubau		Veränderung im Vergleich zum Vorjahr	Veränderung im Vergleich zu 2010
2005	198.000 €		
2006	193.052 €	-2,50%	
2007	563.564 €	191,92%	
2008	377.200 €	-33,07%	
2009	297.734 €	-21,07%	
2010	1.873.200 €	529,15%	
2011	2.762.000 €	47,45%	
2012	3.168.500 €	14,72%	
Entwurf 2013	4.915.000 €	55,12%	162,39%

Tabelle 2

Betrachtet man die Ansätze für den reinen Bauunterhalt, so zeigt sich, dass die Ansätze im Vergleich zu 2010 um mehr als 2 Prozent abgenommen haben (vgl. Tabelle 3).

Ansätze für Bauunterhalt: Bauunterhalt/Betriebstechnik allgemein		Veränderung im Vergleich zum Vorjahr	Veränderung im Vergleich zu 2010
2005	3.445.620 €		
2006	3.439.590 €	-0,17%	
2007	4.657.305 €	35,40%	
2008	3.659.300 €	-21,43%	
2009	3.727.200 €	1,86%	
2010	2.755.400 €	-26,07%	
2011	2.531.900 €	-8,11%	
2012	2.712.800 €	7,14%	
Entwurf 2013	2.693.800 €	-0,70%	-2,24%

Tabelle 3

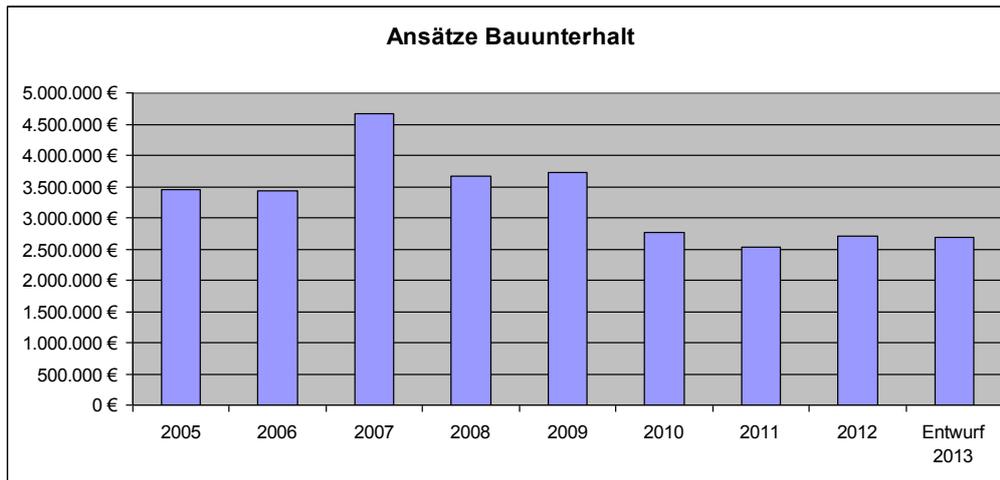


Abbildung 2

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 6

512/088/2012

Schaffung von 18 Krippenplätzen durch Umbau von Gemeindehaus und Kindergarten im Familienzentrum Bismarckstraße in Trägerschaft des Hensoltshöher Gemeinschaftsverbandes e.V.; hier: Investitions- und Betriebskostenförderung

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Ausweitung des Betreuungsangebotes in der Innenstadt für Kinder im Alter von 0-3 Jahren
- Umbau/Verbesserung der Raumsituation des in der Bismarckstr. 19 bestehenden Kindergartens

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- Bezuschussung der Bau- und Ausstattungskosten wie unter Punkt 1.3 genannt
- jährliche Bezuschussung der Betriebskosten nach BayKiBiG

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bedarfseinschätzung aus Sicht der Jugendhilfeplanung:

Ab dem 01.08.2013 besteht für Kinder ab der Vollendung des ersten Lebensjahres ein unbedingter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Die Kommunen sind verpflichtet, bis spätestens zu diesem Datum ein entsprechendes Platzangebot vorzuhalten.

Um dem Grundsatz einer wohnortnahen Versorgung mit Betreuungsplätzen zu entsprechen, wird Erlangen bei der Bedarfsplanung für Kindertagesbetreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren in neun Planungsbezirke aufgeteilt, die in sich eine sozialräumliche Ähnlichkeit aufweisen. Nach dieser Aufteilung liegt der Kindergarten im Familienzentrum des Hensoltshöher Gemeinschaftsverbands im Planungsbezirk D – Zentrum & Erlangen Nordost.

Mit Stichtag zum 30.06.2012 lebten im Planungsbezirk D 593 Kinder im Alter von unter drei Jahren. In diesem Planungsbezirk werden derzeit inklusive Kindertagespflege 156 Betreuungsplätze angeboten. Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für den U3-Bereich geht von einer notwendigen Platzzahl von ca. 295 Plätzen in diesem Planungsbezirk aus. Dies entspricht einer lokalen Versorgungsquote von ca. 50%.

Der Projektgruppe „Krippenausbau 2013“ liegen derzeit für diesen Planungsbezirk vier Ausbauprojekte vor. Die Einrichtung von 18 Krippenplätzen im Kindergarten des Hensoltshöher Gemeinschaftsverbands ist eines dieser Vorhaben.

Können alle Projekte wie geplant umgesetzt werden, wird sich die Platzanzahl in diesem Planungsbezirk auf ca. 248 Plätze erhöhen. Die Neuschaffung von 18 Krippenplätzen im Kindergarten des Hensoltshöher Gemeinschaftsverbands ist somit geeignet zu einer dem Bedarf angemessenen Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren beizutragen und ist somit auch aus bedarfsplanerischer Sicht zu befürworten.

Ausbauvorhaben

Das Familienzentrum in der Bismarckstr. 19 ist ein winkelförmig angeordneter Gebäudekomplex, bestehend aus einem erdgeschossigen, vollunterkellerten Flachbau entlang der östlichen Grundstücksgrenze und einem zweigeschossigen, teilunterkellerten Gebäudeteil mit Pultdach entlang der südlichen Grundstücksgrenze.

In den vergangenen Jahren zeigten sich erhebliche Bauschäden/bauliche Mängel. Zugleich wurde offensichtlich, dass die bestehenden Räume für die Arbeit der Landeskirchlichen Gemeinschaft Erlangen nicht mehr ausreichen.

Durch einen Umbau, welcher entsprechend dem Umfang mit einer Generalsanierung vergleichbar ist, werden die vorhandenen Nutzungen im Gebäude (Kirchengemeinde, Kindertagesbetreuung) gemäß dem bestehenden Raumbedarf neu verteilt.

Der Bedarf an Krippenplätzen fand hierbei Berücksichtigung, sodass im Erdgeschoss des gesamten Gebäudekomplexes nun sämtliche Haupträume zum Betrieb der Krippen- und Kindergartengruppe liegen. Lediglich ein Großteil der Lagerfläche der Kita befindet sich im Kellergeschoss.

Mit der Ausweitung der Außenspielfläche, der Schaffung einer beispielbaren Dachterrasse und der Vorhaltung eines Mehrzweckraumes im Kellergeschoss zur Kompensation noch fehlender Freiflächen wird dem Platzbedarf der Kinder im Übrigen nachgekommen.

Der Bereich der Kirchengemeinde wird gänzlich in die Räumlichkeiten des Obergeschosses, bzw. teilweise in das Kellergeschoss verlegt. Ein vergrößerter Saalbereich wird im Wesentlichen durch einen Anbau ermöglicht, was im Erdgeschoss auch der Fläche in der

Kinderkrippe zu Gute kommt.

Der Verbindungsbereich beider Gebäudeteile wird zum Hof hin mit einem neuen, gemeinsamen Eingangsbereich mit Treppenhaus und Aufzug aufgeweitet.

Die Raumprogrammvorgaben werden eingehalten. Bauantrag wurde am 03.12.2012 gestellt, allerdings sind – trotzdem die Maßnahme nicht in die Denkmalschutzliste aufzunehmen ist - vom Träger noch Formalien zu klären, so dass die Baugenehmigung noch nicht vorliegt.

Geplanter Baubeginn: März 2013

Geplante Inbetriebnahme: Dezember 2013

Kosten und Finanzierung

Es erfolgte entsprechend der vorgenannten Nutzungen und weiteren Einflussfaktoren eine Aufteilung der gesamten Baukosten (ohne KGr. 500/Außenanlagen und 600/Ausstattung) zwischen Kirchengemeinde (46 %) und Kindertageseinrichtung (54 %).

Die Kosten vom Außenbereich (KGr 500), welcher überwiegend als Spielfläche für die Kinder genutzt werden soll, wurden hierbei nach einem gesonderten Schlüssel (15 % Gemeinde, 85 % Kindertageseinrichtung) aufgeteilt.

Nachfolgend dargestellte Baukosten (1.167.361 €) beziehen sich lediglich auf den Teil der Kindertageseinrichtung.

Die Kosten pro Platz (KGr. 300, 400, 500, 700) lt. Aufstellung vom 04.12.2012 betragen für die Kinderkrippe 32.000 €, für den Kindergarten 19.767 €.

Gemäß der bautechnischen Beurteilung der Baumaßnahme durch Amt 24 sind Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei Planung und Konstruktion gegeben. Die Baukosten für die Kindertageseinrichtung sind erforderlich und angemessen. Die Voraussetzungen für eine Förderung sind aus bautechnischer Sicht erfüllt.

Die Investitionskosten für die Krippenplätze werden – bei rechtzeitiger Baufertigstellung und Vorlage der Verwendungsnachweise - nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetriebsfinanzierung“ 2008-2013 bezuschusst, die Investitionskosten für die Kindergartenplätze nach Art. 27 BayKiBiG i. V. m. Art. 10 FAG.

<u>Gesamtkosten der Kita</u> laut Kostenaufstellung vom 04.12.2012		1.167.361,00 €
Zuwendungsfähige Baukosten	54 % der KGr 230, 300, 400 85% der KGr 500 12% v. Anteilen aus 300-500 als pauschalisierte Baunebenkosten (KGr 700)	1.043.118,19 €
Ausstattungskosten	KGr 600	26.775,00 €
<u>Voraussichtliche Finanzierung (vorbehaltlich der Prüfung durch die Regierung von Mittelfranken):</u>		
staatlicher Anteil Bau + Ausstattung (487.100,00 € + 22.500,00 €)		509.600,00 €
städtischer Anteil Bau		270.306,22 €
Anteil Träger		387.454,77 €

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Baumaßnahme ist mit JHA-Gutachten vom 13.10.2011 und Stadtratsbeschluss vom 27.10.2011 in die Priorisierungsliste für den Krippenausbau aufgenommen worden, sodass die benötigten Finanzmittel im städtischen Haushalt reserviert sind.

Ausgaben

Investitionskosten: Zuschuss zu den Bau- und Ausstattungskosten	ca. 779.906,- €	bei IP-Nr. 365D.880
Folgekosten: Bezuschussung der Betriebskosten für 18 neue Krippenplätze (ab 2014 jährlich)	ca. 127.500,- €	bei Sachkonto 530101
<u>Korrespondierende Einnahmen</u>		
Staatl. Investitionskostenförderung	ca. 509.600,- €	bei IP-Nr. 365D.610ES
Staatl. Betriebskostenförderung für 18 neue Krippenplätze (ab 2014 jährlich)	ca. 63.750,- €	bei Sachkonto 414101

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- für Investitionskostenbezuschussung sind vorhanden auf IP-Nr. 365D.880
- für Betriebskostenbezuschussung sind nicht vorhanden; für die Jahre 2013 ff. erfolgt eine entsprechende Nachmeldung der Verwaltung.

Ergebnis/Beschluss:

1. Für die Schaffung einer Krippengruppe durch Umbau von Gemeindehaus und Kindergarten im Familienzentrum des Hensoltshöher Gemeinschaftsverbands e.V., Bismarckstr. 19, werden 18 Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt.
2. Der Baumaßnahme wird hinsichtlich Art, Ausmaß und Ausführung gemäß Art. 27 Abs. 4 Nr. 4 BayKiBiG – vorbehaltlich der Baugenehmigung - zugestimmt.
3. Der Hensoltshöher Gemeinschaftsverband e.V. erhält für die Baumaßnahme einen Zuschuss
 - zu den Bau- und Ausstattungskosten nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 für die Neuschaffung der Krippenplätze
 - zu den Baukosten nach Art. 27 BayKiBiG i. V. m. Art. 10 FAG für den Umbau der Räumlichkeiten für die bestehende Kindergartengruppe (27 Plätze).
4. Es erfolgt eine jährliche Zuschussung der Betriebskosten nach dem BayKiBiG ab Inbetriebnahme im Jahr 2013.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP 7

512/089/2012

Schaffung einer Kinderkrippe mit 13 Plätzen im Rahmen eines Umbaus des Kindergartens Regenbogen in Erlangen, Büchenbacher Anlage 29, durch die AWO, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter 3 Jahren im Ortsteil Büchenbach, Planungsbezirk A – Erlangen Nordwest.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bezuschussung der Bau- und Ausstattungskosten nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013.

jährliche Zuschussung der Betriebskosten nach BayKiBiG

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bedarfseinschätzung

Ab dem 01.08.2013 besteht für Kinder ab der Vollendung des ersten Lebensjahres ein unbedingter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Die Kommunen sind verpflichtet, bis spätestens zu diesem Datum ein entsprechendes Platzangebot vorzuhalten.

Um dem Grundsatz einer wohnortnahen Versorgung mit Betreuungsplätzen zu entsprechen, wird Erlangen bei der Bedarfsplanung für Kindertagesbetreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren in neun Planungsbezirke aufgeteilt, die in sich eine sozialräumlich Ähnlichkeit aufweisen. Nach dieser Aufteilung liegt die Kindertageseinrichtung Regenbogen im Planungsbezirk A –Erlangen Nordwest.

Mit Stichtag zum 30.06.2012 lebten im Planungsbezirk A 392 Kinder im Alter von unter drei Jahren. In diesem Planungsbezirk werden derzeit inklusive Kindertagespflege 86 Betreuungsplätze angeboten. Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für den U3-Bereich geht von einer notwendigen Platzzahl von ca. 155 Plätzen in diesem Planungsbezirk aus. Dies entspricht einer lokalen Versorgungsquote von ca. 40%.

Der Projektgruppe „Krippenausbau 2013“ liegen derzeit für diesen Planungsbezirk drei Ausbauprojekte vor. Die Platzneuschaffungen in der Einrichtung „Regenbogen“ ist eines davon.

Können alle Projekte wie geplant umgesetzt werden, wird sich die Platzanzahl in diesem Planungsbezirk auf ca. 160 Plätze erhöhen.

Da es sich um eine Umwandlung von Kindergartenplätzen handelt, ist zudem zu überprüfen, ob die verbleibende Anzahl an Betreuungsplätzen ausreicht, um den bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu befriedigen. In Bezug auf die Kindergartenbetreuung befindet sich die Einrichtung im Planungsbezirk 16 Büchenbach-Nordwest. Mit Stichtag zum 30.06.2012 leben dort 398 Kinder im Kindergartenalter. Dem steht ein lokales Angebot von 415 Plätzen gegenüber.

Nach Umwandlung einer Kindergartengruppe (25 Plätze) verbleiben in diesem Planungsbezirk 390 Plätze, was einer lokalen Versorgungsquote von 98% entspricht. Hinzu kommt, dass im angrenzenden Planungsbezirk „Büchenbach Dorf“ derzeit eine lokale Versorgungsquote von 167% vorgehalten wird. Die Befriedigung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ist somit durch eine Umwandlung von 25 Kindergartenplätzen nicht gefährdet.

Zusammenfassend ist somit festzuhalten: Die Neuschaffung von 13 Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren in der Kindertageseinrichtung „Regenbogen“ ist somit dazu geeignet den lokalen Bedarf vor Ort zu befriedigen. Aus bedarfsplanerischer Sicht ist das Vorhaben somit zu befürworten.

Bau

Die AWO, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V., plant den Umbau einer Kindergartengruppe in eine Kinderkrippe mit 13 Plätzen in dem bestehenden Kindergarten „Regenbogen“ in konventioneller Bauweise. Die Einheit mit Gruppenraum, Ruheraum und Sanitärbereich sowie weitere für den Betrieb erforderliche Räume befinden sich im EG. Die Raumprogrammvorhaben werden eingehalten.

Geplanter Baubeginn: Juni 2013
 Geplante Fertigstellung: September 2013

Kosten und Finanzierung

Die Kosten pro Platz betragen 10.840 €. (KGr. 300, 400, 500, 700).

Gemäß der bautechnischen Beurteilung der Baumaßnahme durch Amt 24 ist die Planung wirtschaftlich die angegebenen Baukosten sind im Wesentlichen angemessen. Die Voraussetzung für eine Förderung ist aus bautechnischer Sicht erfüllt.

Gesamtkosten lt. Kostenschätzung vom 07.12.2012		140.886,06 €
zuwendungsfähige Baukosten	KGr 300, 400, 500, pauschal Architektenkosten	115.540,81 €
Ausstattungskosten	KGr 600	16.250,00 €
Summe		131.790,81 €

Finanzierung im Detail (vorbehaltlich der Prüfung durch die Regierung von Mittelfranken):		
<u>Kinderbetreuungsfinanzierung für 13 Krippenplätze:</u>		
staatlicher Anteil Ausstattung	13 x 1.250,00 €	16.250,00 €
staatlicher Anteil Bau	115.540,81 € *70,8 %	81.802,90 €
städtischer Anteil Bau	((140.886,05 € – 16.250,00 €) - 81.802,90 €)*50%	21.416,58 €
Anteil Träger	((140.886,05 € – 16.250,00 €) - 81.802,90 €)*50%	21.416,58 €
Gesamtfinanzierung		140.886,06 €

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Ausgaben

Investitionskosten:

Zuschuss zu den Bau- und Ausstattungskosten ca. 119.500,00 € bei IPNr.: 365D.880

Folgekosten:

Bezuschussung der Betriebskosten:

Sept.-Dez. 2013

ca. 28.000,00 €

bei Sachkonto: 530101

Ab 2014 jährlich

ca. 92.000,00 €

Korrespondierende Einnahmen

Staatliche

Investitionskostenförderung

ca. 98.100,00 €

bei Sachkonto: 365D.610ES

Staatliche Betriebskostenförderung

Sept.—Dez.2013

ca. 14.000,00 €

bei Sachkonto: 414101

Ab 2014 jährlich

ca. 46.000,00 €

Die Förderung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der Stellplatzklärung mit dem Bauaufsichtsamt. Eine Baugenehmigung konnte deshalb noch nicht erteilt werden.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- für Investitionskostenförderung sind vorhanden auf IP-Nr. 365D.880
- für Betriebskostenförderung sind nicht vorhanden; für die Jahre 2014 ff. erfolgt eine entsprechende Nachmeldung der Verwaltung

Ergebnis/Beschluss:

1. Für den Umbau einer Kinderkrippe in Erlangen, Büchenbacher Anlage 29, durch die AWO, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V. werden 13 Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt.
2. Der Baumaßnahme wird hinsichtlich Art, Ausmaß und Ausführung gemäß Art. 27 Abs. 4 Nr.4 BayKiBiG – vorbehaltlich der Baugenehmigung - zugestimmt.
3. Die AWO, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V., erhält für die Baumaßnahme einen Zuschuss zu den Bau- und Ausstattungskosten nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013.
4. Es erfolgt eine jährliche Zuschussung der Betriebskosten nach BayKiBiG ab Inbetriebnahme im Jahr 2013.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP

Haushaltsberatungen 2013

Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2013

TOP 8

ZV/033/2012

Bauinvestitionscontrolling - Stellenumwandlung

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

Zusammenführung der Aufgabe Abteilungsleitung technisches Gebäudemanagement und Bauinvestitionscontrolling innerhalb des Gebäudemanagements

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Stellenumwandlung der bereits im Stellenplan 2012 geschaffenen Personalressource für die Abteilungsleitung technisches Gebäudemanagement.

3. Prozesse und Strukturen

Die Stellenschaffung im Stellenplan 2012 war verbunden mit dem Auftrag ein konkretes Aufgabenprofil für ein Bauinvestitionscontrolling bei der Stadt Erlangen zu entwickeln. Neben Abstimmungsgesprächen innerhalb der Stadtverwaltung fand am 19.09.2012 ein Informationsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Stadtrates statt. Ein zielführendes Konzept für ein übergreifendes stadtweites Bauinvestitionscontrolling hat sich insbesondere wegen der Erfahrungen in anderen Kommunen nicht herausarbeiten lassen. Es wird daher vorgeschlagen, die Stelle im Wege der Umwandlung für eine Abteilungsleitung technisches Gebäudemanagement zur Verfügung zu stellen und diese Stelle u.a. auch mit der Aufgabe der Baukostenkontrolle bei Hochbaumaßnahmen zu betrauen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Herr StR Tellkamp spricht gegen eine Umwandlung der Planstelle und beantragt, die Planstelle einzuziehen. Der Antrag wird mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Verwaltungsvorschlag ist somit abgelehnt.

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt

TOP 9

113/007/2013

**Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2013,
siehe Verwaltungsvorlage 2. Neufassung vom 01/2013**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt.

Protokollvermerke:

Zu lfd. Nr. 3: OBM/ZV teilt mit, dass es hier zu keinen personellen oder aufgabenmäßigen Überschneidungen zwischen Feuerwehr und Bauaufsicht kommt, weil dies die klassischen bauaufsichtlichen Brandschutzthemen sind.

Zu lfd. Nr. 23 Die Grüne Liste zieht den Antrag für diese Haushaltsberatungen zurück.

Zu lfd. Nr. 37 Verlängerung des kw-Vermerkes bis zum 31.12.2019

Zu lfd. Nr. 47 Verlängerung des kw-Vermerkes bis zum 31.12.2019

Zu lfd. Nr. 47a Die Verwaltungsvorlage wird um eine Ziff. 47a – SB Ausbau – ergänzt.

Zu lfd. Nr. 52: Besetzungssperre – tatsächliche Stellenbesetzung erfolgt erst nach Konzepterstellung durch OBM/ZV (Federführung) mit Ref. IV und Zustimmung zum Konzept durch JHA und HFPA.

Zu lfd. Nr. 56 Herr StR Winkler weist darauf hin, dass im Jahr 2013 nur die Hälfte der Mittel erforderlich ist.

Zu lfd. Nr. 76 Frau StRin Pfister bittet nach erneuter organisatorischer Prüfung im Falle eines Dissens zwischen den Referaten OBM/ZV und VI um Behandlung im HFPA. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt dies zu.

Ergebnis/Beschluss:

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2013 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (2. Neufassung vom Januar 2013) und der Liste B (2. Neufassung vom Januar 2013) geändert und ergänzt.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 10

Wortanträge zum Haushalt 2013

TOP 10.1

13/045/2013

**Antrag zum Haushalt: Haushaltskonsolidierung 2013 - Höhere Beteiligung der Sparkasse
hier: Antrag Nr. 190/2012 der Stadtratsfraktion Grüne Liste**

Sachbericht:

Vergleiche Antrag Nr. 190/2012 der Stadtratsfraktion Grüne Liste

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag von Herrn StR Kittel in den Stadtrat am 07.02.2013 verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 10.2

13-3/012/2013

**Antrag zum Haushalt 2013: Aktiv-Card für pflegende Angehörige
hier: Antrag Frau Stadträtin Grille Nr. 217/2012 vom 22.11.2012**

Sachbericht:

1. Sachbericht:

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In der Sitzung am 15. Januar 2012 haben der Sozialbeirat und auch der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Entscheidung über den Antrag an den HFPA verwiesen.

Für die Ausgabe der Aktiv-Card ist das Bürgermeister- und Presseamt, Sachgebiet 13-3, zuständig. Die Aktiv-Card wird in Erlangen seit 2000 an die ehrenamtlichen Gruppen in Erlangen ausgegeben; sie gilt jeweils für 1 Jahr. Abhängig von der Anzahl der Ehrenamtlichen erhält eine Gruppe/Institution maximal 5 Aktiv-Cards. Dies bedeutet, dass sich mehrere Ehrenamtliche eine Aktiv-Card teilen müssen. Derzeit werden rund 1.000 Aktiv-Cards jährlich verteilt; für die Nutzung sind im Budget des Amtes 13 aktuell ca. 25.000 €/jährlich eingeplant; diese Summe wird auch in voller Höhe benötigt.

Die Leistung, die pflegenden Angehörigen tagtäglich abverlangt wird, ist enorm. Sie sind häufig großen Belastungen ausgesetzt – sowohl physisch, als auch psychisch, insbesondere auch dann, wenn sie Pflege mit Beruf und Familie vereinbaren müssen. Ihr Einsatz ist deshalb in ganz besonderem Maße anerkennenswert. Allerdings stellt die Pflege von Angehörigen kein Ehrenamt im eigentlichen Sinne und im Sinne der Aktiv-Card-Regelung dar, sondern ist eher als eine besondere familiäre/moralische Verpflichtung gegenüber den zu pflegenden Personen zu sehen.

Sofern sich die Stadt Erlangen dazu entschließt, pflegenden Angehörigen künftig Vergünstigungen beim Eintritt in städtische Veranstaltungen zu gewähren, ist hierfür eine gesonderte Regelung erforderlich. Die Regelung, Prüfung, Ausgabe und Abrechnung wäre dann über das Sozialamt als zuständigem Fachamt vorzunehmen.

Hinweis: Dem Sozialamt liegen keine konkreten Informationen über die Anzahl der pflegenden Angehörigen vor.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Dem Antrag, die Aktiv-Card auch an in Erlangen lebende pflegende Angehörige auszugeben, wird nicht entsprochen. Die vorsorglich für den Haushalt 2013 beantragten zusätzlichen Mittel sind daher nicht erforderlich.

Der Antrag von Frau Stadträtin Grille Nr. 217/2012 vom 22.11.2012 ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP 10.3

II/193/2012

**Antrag zum Haushalt: Transparenter Haushalt
hier: Antrag Nr. 197/2012 der FDP-Stadtratsfraktion**

Sachbericht:

Es spricht nichts dagegen neben dem Haushaltsplan auch den Haushaltsplanentwurf zu veröffentlichen.

In den Arbeitsprogrammen ist aber nicht auszuschließen, dass sensible Daten oder Informationen bekannt werden. Deshalb sollte auf eine Veröffentlichung der Arbeitsprogramme verzichtet werden.

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Antrag von Herrn StR Dr. Ruthe vertagt. Bezüglich der Veröffentlichung der Arbeitsprogramme soll zunächst eine Stellungnahme der Datenschutzbeauftragten der Stadt Erlangen eingeholt werden.

Abstimmung:

vertagt

TOP 10.4

242/272/2012

Antrag zum Haushalt 2013 - Mikrofonanlage Kleiner Sitzungssaal- Antrag Grüne Liste und Anfrage der SPD

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Seniorenbeirat hat eine Induktionsschleife (zum Audioempfang in Hörgeräten) für den kleinen Sitzungssaal beantragt. Bei der Prüfung der vorhandenen Audiotechnik wurde vom GME festgestellt, dass eine Induktionsschleife einschl. Verstärker im Rahmen der Rathaussanierung eingebaut wurde, jedoch die komplette Peripherie (Mikrofonanlage mit zugehöriger Technik) zur Ansteuerung der Induktionsschleife fehlt. Weiterhin hat der kleine Sitzungssaal eine schlechte Akustik, welche sich massiv auf die Sprachverständlichkeit auswirkt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Es muss eine Mikrofonanlage mit entsprechenden Komponenten (Verstärker, Umbau Audioschrank, Anpassung der vorhandenen Technik) eingebaut werden. Außerdem ist eine Verbesserung der Raumakustik durch Schalldämmmaßnahmen an der Raumdecke notwendig.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einbau Mikrofonanlage mit entsprechenden notwendigen Bauteilen. Kosten ca. 31.000 €. Einbau Schalldämmplatten an der Raumdecke. Kosten ca. 6.000 €.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€ 37.000	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Über die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 37.000 € ist im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2013 zu entscheiden.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 10.5

613/126/2012

Antrag zum Haushalt 2013: Planungskosten StUB, Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 212/2012 vom 26.11.2012

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Fraktion Erlanger Linke beantragt, zum Haushalt 2013 für die Planungskosten der StUB 6 Mio. EUR in den Haushalt einzustellen. Dies soll einen rechtzeitigen Beginn der Planungen ermöglichen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Wie im UVPA am 20.11.2012 berichtet hat die Bauverwaltung bereits einen zusätzlichen Mittelbedarf für das Jahr 2013 in Höhe von 300.000 EUR Ende Oktober 2012 beantragt. Diese Mittel sollen

- für eine Konzeptstudie kostenrelevanter Ingenieurbauwerke (Kosbacher Brücke, ...),
- zur finanziellen Beteiligung eines von den Aufgabenträgern gemeinsam beauftragten Projektsteuerers sowie
- für die Öffentlichkeitsarbeit und Visualisierung repräsentativer Trassenabschnitten bei Bürgerbeteiligungen

verwendet werden. Darüber hinaus wurde eine befristete Stelle zu Koordination des Projektes innerhalb der Stadt Erlangen und zur fachlichen Mitarbeit ab dem Jahr 2013 beantragt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Für den Beginn von Planungsarbeiten ist zunächst die Entscheidung des Zuschussgebers abzuwarten. Der Zeitbedarf für Erstellung und Durchführung der Ausschreibung zu den o.g. Planungsarbeiten muss mit ca. 6 Monaten kalkuliert werden.

Die von der Bauverwaltung beantragten Mittel sind daher zwar für die Vergabe der o.g. Planungen zwingend erforderlich, nach aktuellem Kenntnisstand könnten aber darüber hinaus gehende Arbeiten nicht mehr im Jahr 2013 vergeben werden. Die beantragten Mittel von 6 Mio. EUR könnten folglich im Jahr 2013 nicht verwendet werden.

In Abhängigkeit des weiteren Entscheidungsprozesses für die Erstellung des eigentlichen Zuschussantrages zur StUB sind voraussichtlich ab dem Jahr 2014 Planungsmittel in der Größenordnung von mehreren Mio. EUR notwendig. Über diese Mittel soll im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 ff. zu gegebener Zeit entschieden werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Für die Planungen zur StUB wurden für das Jahr 2013 bereits 300.000 EUR beantragt. Weitere Mittel sind im Jahr 2013 voraussichtlich nicht notwendig. In Abhängigkeit von der Entscheidung der Zuschussgeber sollen ab dem Jahr 2014 weitere Planungsmittel in den Haushalt eingestellt werden.

Der Antrag der Fraktion Erlanger Linke Nr. 212/2012 ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP 10.6

42/038/2012

Fahrbibliothek: Haltestelle Hüttendorf; ödp-Fraktionsantrag-Nr. 123/2012 vom 10.10.2012: Bücherbusversorgung in den Stadtteilen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Fahrbibliothek fährt die Route, die fachlich und aus Gründen des effizienten Einsatzes ihrer personellen Ressourcen geboten ist und die der Kulturausschuss 2010 beschlossen hat.

Der Zuwachs an Ausleihen in Kriegenbrunn sowie die Beobachtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Leser der Fahrbibliothek zumeist kennen, zeigt, dass der größte Teil der Hüttendorfer Bevölkerung nach Kriegenbrunn übergewechselt ist.

2. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Es sind keine Ressourcen erforderlich.

3. Alternativen

Der Kultur- und Freizeitausschuss hat am 15.6.2010 einen neuen Haltestellenplan beschlossen. Dabei wurden unter anderem die Haltestellen Hüttendorf und Kriegenbrunn zusammengelegt, eine Haltestelle in Frauenaarach gestrichen und der ineffiziente 14-tätige Anfahrtsrhythmus der Fahrbibliothek wurde zugunsten eines wöchentlichen Turnus' aufgehoben. Hintergrund waren die deutlich gefallen Ausleihzahlen in Hüttendorf (2008: 1621, 2009: 1323, 2010: 758) und das stete Kommunikations- und EDV-Problem bei dem 14-tägigen Rhythmus.

Die Haltestelle Kriegenbrunn kann seitdem einen deutlichen Zuwachs an Ausleihen verzeichnen (2010: 6141, 2011: 7635). Es liegt nahe, dies als Gewährleistung der Versorgung der Hüttendorfer Leser zu interpretieren.

Im Rahmen der Bürgerversammlung vom 3. März 2011 in Hüttendorf wurde von Oberbürgermeister Dr. Balleis zugesagt, einen Testlauf durchzuführen, um zu sehen, ob die Fahrbibliothek in Hüttendorf wieder eingeführt werden soll. Der Testlauf wurde an vier Abenden im Juli 2012 durchgeführt (Dienstag, der 5., 12., 19. und 26. Juli, jeweils 18.15 Uhr bis 18.45 Uhr). Die Auswertung des Testlaufs ergab, dass durchschnittlich 15 Entleiher pro Halt in den 4 Wochen insgesamt 298 Medien entliehen. Die Ausleihe steigerte sich also im Vergleich zu den Vorjahren.

Daraufhin wurden vom Fachamt folgende Alternativen geprüft:

Alternative 1:

Die Fahrbibliothek fährt ein Jahr auf Probe erneut nach Hüttendorf zu Lasten einer oder mehrerer anderer Haltestellen. Der Mehraufwand von einer bibliothekarischen Stunde und einer Stunde für die Fachangestellte wird ab 2014 dem Stellenplan zugefügt. Die Sachkosten von 1766,50 € werden dem Sachkostenetat zugefügt.

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Hüttendorf ist wieder auf dem Haltestellenplan der Fahrbibliothek.

Dies kann geschehen, indem man die Haltestelle Häusling einstellt (Ausleihzahlen: 2009: 1483, 2010: 1534, 2011: 2223).

Diese Variante wäre kostenneutral. Allerdings weist die Haltestelle Häusling steigende Ausleihzahlen auf, so dass eine Verlagerung keinen Gesamtnutzen bringen würde.

Alternativ könnte man am Mittwoch die Haltestellen Kosbach und Eltersdorf/Alfred Mehl-Str. verkürzen. Kosbach war in den letzten Jahren rückläufig, liegt aber noch immer deutlich über Hüttendorf. In Eltersdorf/Alfred-Mehl-Str. sind die Ausleihen gestiegen.

Am Mittwoch wäre die Fahrbibliothek dann wie folgt unterwegs:

Kosbach 13.45 -14.15 Uhr (um ½ Stunde gekürzt)

Häusling 14.30-15.00 Uhr

Eltersdorf/Alfred-Mehl-Str 15.30-16.15 Uhr (um ¼ Stunde gekürzt)

Eltersdorf/Holzschuherring 16.30-18.00 Uhr

Am Dienstag könnte dann statt Häusling Hüttendorf angefahren werden: 15.45-16.15 Uhr.

Aus fachlicher Sicht sind Haltestellen unter einer Stunde nicht zu empfehlen (Beratung).

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Für den Probetrieb von einem Jahr müssen vier neue Haltestellenschilder und ein neuer Haltestellenplan erstellt werden. Zudem müssen sich die Mittwochs-Leser und die Leser aus Häusling erneut auf veränderte Zeiten einstellen.

Personalkapazitäten müssen geschaffen werden, da die Fahrbibliothek im Zuge der Umstrukturierung 2010 den Personaleinsatz so effizient wie möglich gestaltet hat: Eine Assistentenstunde und eine bibliothekarische Stunde in der Woche zur Vor- und Nachbereitung der Haltestelle muss bewilligt werden.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Kosten für die Schilder: 1600 €

Kosten für den Haltestellenplan: 450 €

Personalkosten: durchschnittlich 47 Öffnungswochen / Jahr => je 1 bibliothekarische Stunde + 1 Assistentenstunde => Ausweisung im Stellenplan nötig

= **2050 € Sachkostenetat, 2 Stunden im Stellenplan**

Die Einnahmeverluste für die Fahrbibliothek durch die Umstrukturierung und die vermehrten Zeiten auf der Straße sind nicht zu beziffern.

Hinweis von Amt 11: Zusätzliche Anmeldungen zum Stellenplan durch die Verwaltung sind für 2013 nicht mehr möglich.

Alternative 2:

Die Fahrbibliothek fährt ein Jahr auf Probe erneut nach Hüttendorf nach Ende ihrer offiziellen Dienstzeit. Der Mehraufwand von 1,75 bibliothekarischen Stunden und 1,75 Stunden für die Fachangestellte wird ab 2014 dem Stellenplan zugefügt. Die Sachkosten von 1766,50 € werden dem Sachkostenetat zugefügt.

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Fahrbibliothek verlängert ihre Öffnungszeiten. Die Steigerung der Ausleihe in Hüttendorf in den vier Wochen wurde, dies ergaben Gespräche mit Lesern, auch dadurch erzielt, dass die Fahrbibliothek während des Probebetriebs im Juli 2012 in den Abendstunden in Hüttendorf hielt. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten würde den übrigen Fahrplan nicht berühren.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Fahrbibliothek erweitert ihre Öffnungszeiten. Sie fährt am Dienstag Abend, wie im Probelauf, nach der Haltestelle Kriegenbrunn noch nach Hüttendorf (18.15-18.45 Uhr).

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Erweiterung der Öffnungszeiten der Fahrbibliothek bedeutet, dass das Personal länger vor Ort ist und die Vor- und Nacharbeiten, die für eine Haltestelle anfallen, in der Hauptstelle erledigt werden müssen (s. Alternative 1). Zudem muss der Fahrer der Fahrbibliothek eine Dreiviertelstunde länger arbeiten, also regelmäßig Überstunden machen, die er dann nur im Block abfeiern kann. Dazu ist dann ein Ersatzfahrer zu engagieren.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Personalkosten :

a. bibliothekarische Stunden:	1,75 Stunden im Stellenplan
b. Stunden der Assistentin:	1,75 Stunden im Stellenplan
c. Kosten für den Ersatzfahrer: 47 x 0,75 = 35,25 Stunden x 26 €	916,50 €
d. Haltestellenplan	450 €
e. Haltestellenschild	400 €
= Insg.:	3,5 Stunden im Stellenplan + 1766,50 € Sachkostenetat

Hinweis von Amt 11: Zusätzliche Anmeldungen zum Stellenplan durch die Verwaltung sind für 2013 nicht mehr möglich.

TABELLARISCHE ZUSAMMENFASSUNG DER DREI MÖGLICHKEITEN

Ergebnis	Konsequenzen	Kosten (für ein Jahr / ggf. Rückführung)
Vorschlag des Fachamts: Die Fahrbibliothek fährt auch zukünftig nach dem am 15.6.2010 vom Kultur- und Freizeitausschuss beschlossenen Haltestellenplan.	Hüttendorf wird nicht angefahren. Die Leserinnen und Leser nutzen die Haltestelle Kriegenbrunn.	Keine
Alternative 1: Die Fahrbibliothek fährt ab 2014 ein Jahr auf Probe erneut nach Hüttendorf zu Lasten einer oder mehrerer anderer Haltestellen.	Hüttendorf ist wieder auf dem Haltestellenplan. Mehrere andere Haltestellen müssen zeitlich gekürzt werden oder eine andere fällt weg.	1 bibliothekarische Stunde 1 Stunde einer Fachangestellten im Stellenplan 2014 + 2050 € Sachkosten + ggf. Rückführung
Alternative 2: Die Fahrbibliothek fährt ab 2014 ein Jahr auf Probe erneut nach Hüttendorf nach Ende ihrer offiziellen Dienstzeit.	Hüttendorf ist zu einer attraktiven Zeit wieder auf dem Haltestellenplan.	1,75 bibliothekarische Stunden 1,75 Stunden einer Fachangestellten im Stellenplan 2014 + 1766,50 € + ggf. Rückführung

Ohne Bereitstellung der genannten zusätzlichen Ressourcen sind die Alternativen 1 und 2 nicht realisierbar. Sollte sich der Kultur- und Freizeitausschuss dennoch für eine dieser Varianten entscheiden, wäre eine weitere Beratung im HFPA und eine Beschlussfassung im Stadtrat erforderlich.

Angesichts dieser Bewertung schlägt das Fachamt vor, entsprechend seinem Antrag zu verfahren und damit bis auf Weiteres an der bisherigen Regelung festzuhalten.

ödp-Fraktionsantrag Nr. 123/2012 vom 10.10.2012: Bücherbusversorgung in den Stadtteilen

Der ödp-Fraktionsantrag weist darauf hin, dass wichtige und große Stadtteile wie Bruck, Alterlangen/Erlanger Siedlung und Sieglitzhof von der Fahrbibliothek nicht angefahren werden. Zu ergänzen wäre aus Bibliothekssicht beispielsweise noch die Sebaldussiedlung. Der aktuelle Haltestellenplan der Fahrbibliothek (Anlage: Haltestellenverteilung 1 + Haltestellenplan 1) zeigt eine Unterversorgung im Osten der Stadt und in Bruck.

Gut erschlossen im Sinne des Auftrags der Fahrbibliothek – vor Ort erreichbar sein vor allem für Familien mit Kindern und älteren Menschen – ist der Erlanger Westen und der Süden mit Frauenaarach, Kriegenbrunn, Eltersdorf und Tennenlohe.

Die Stadtbibliothek diskutiert im Folgenden zwei Möglichkeiten, wie die Versorgung der Stadtteile anders strukturiert werden könnte und welche Folgen dies hätten. Die zweite Möglichkeit bezieht, wie im Antrag gefordert, eine Stadtteilbibliothek in Büchenbach mit ein.

Erste Möglichkeit:

Man vergrößert das Raster, also die Abstände der Haltestellen. Kleinere Haltestellen würden wegfallen, beispielsweise in der Reuth, Häusling, Kosbach etc., in größeren Stadtteilen würden die Haltestellen zusammengezogen werden. An den neu entstandenen Haltestellen würde die Fahrbibliothek dann länger stehen, da die Wege für die Bevölkerung länger wären und das Einzugsgebiet der Fahrbibliothek größer.

Diese Option geht allerdings zu Lasten der Randbezirke.

Vorteil: - Es könnten neue Stadtteile mit auf den Plan genommen werden.

Nachteil: - Die Vor-Ort-Versorgung, Grundprinzip der Fahrbibliothek, wird teilweise aufgegeben.

- Wegfall kleinerer Haltestellen in der Peripherie

Zweite Möglichkeit:

Eine Stadtteilbibliothek in Büchenbach würde die Lage für die Fahrbibliothek entzerren. Anbei ein fiktiver Haltestellenplan mit Stadtplan (Anlage: Haltestellenverteilung 2 + Haltestellenplan 2), so wie er aussehen könnte, wenn der Westen durch die Stadtteilbibliothek versorgt wäre. Deutlich ist zu sehen, wie der Erlanger Osten und Bruck von der Änderung profitieren würden, ohne dass, wie bei einer Vergrößerung des Rasters der jetzigen Haltestellen, das Grundprinzip der Fahrbibliothek der Vor-Ort-Versorgung aufgegeben werden müsste. Kleinere Stadtteile wie Hüttendorf oder Häusling könnten wieder bzw. weiter angefahren werden.

Eine Ausweitung des Angebotes der Fahrbibliothek ohne einschneidende Veränderung im Auftrag oder in der Situation in Büchenbach ist allerdings nicht möglich, denn der Bus fährt personell und zeitlich seine volle Kapazität aus.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Abweichend von Beschlussvorschlag der Verwaltung wird die **Alternative 2** einstimmig / mit 12 gegen 0 Stimmen beschlossen. Mit diesem Beschluss wird die Verwaltung beauftragt, den Mehraufwand von 3,5 Stunden noch in die Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2013 aufzunehmen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Fahrbibliothek fährt ein Jahr auf Probe erneut nach Hüttendorf nach Ende ihrer offiziellen Dienstzeit. Der Mehraufwand von 1,75 bibliothekarischen Stunden und 1,75 Stunden für die Fachangestellte wird ab 2014 dem Stellenplan zugefügt. Die Sachkosten von 1766,50 € werden dem Sachkostenetat zugefügt.

Der Antrag der ödp ist mit der Vorlage abschließend beantwortet.

Abstimmung:

angenommen mit Änderungen

mit 12 gegen 0

TOP 11

II/203/2013

Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der zurückgestellten bzw. in den HFPA verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt 2013

Protokollvermerk:

- Zu lfd. Nr. 24.5. Umbau Hiersemannhalle, Anträge SPD 166/2012, FDP 195/2012
Wird aufgrund neuer Erkenntnisse zum Neubau einer Sporthalle direkt an den HH-StR am 07.02.2013 verwiesen. Nähere Informationen werden bis zu den Fraktionsberatungen nachgereicht.
- Zu lfd. Nr. 13.9. Woche gegen Rassismus 2013, Antrag GL 187/2012
Die Fraktion der Grünen Liste reduziert ihren Antrag auf 6.000 €. Es wird festgelegt, dass die Finanzierung aus dem Budget des Schulverwaltungsamtes erfolgen soll.
- Zu lfd. Nr. 51.3. Zuschuss Stadtjugendring, Antrag SPD 166/2012
Der von der SPD-Fraktion beantragte Zuschuss in Höhe von 25.000 € wird abgelehnt. Frau StRin Baumgärtel schlägt vor, zur Finanzierung von notwendigen Maßnahmen wie Tariferhöhungen, freiwilliges soziales Jahr, Erhöhung der Jugendleiterpauschale, einen Betrag in Höhe von 10.000 € zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag wird mit 12 gegen 0 Stimmen angenommen.
- Zu lfd. Nr. 51.6. Zuschuss Betreuungsvereine für Öffentlichkeitsarbeit
Frau StRin Baumgärtel weist darauf hin, dass der Betreuungstag 2-jährig stattfindet. Im Jahr 2013 wird der Zuschuss benötigt.

- Zu lfd. Nr. 51.10. Erhöhung Entgelt für qual. Tagespflege, Antrag GL 187/2012
Wird auf Antrag von Frau StRin Lender-Cassens direkt an den HH-StR am 07.02.2013 verwiesen.
- Zu lfd. Nr. 51.12. Zuschuss Diakonie Schreinerwerkstatt, Antrag GL 187/2012
Die Fraktion der Grünen Liste zieht den Antrag zurück.
- Zu lfd. Nr. 50.17. Antrag Amt 50 „Finanzierung Token“
siehe Stellungnahme der Kämmerei – die „Token“ werden aus dem Budget von eGov finanziert.
- Zu lfd. Nr. 50.18. Antrag Amt 50 „Aufwand Bildungs- und Teilhabeleistungen“
Die beantragten 100.000 € werden mit einem evtl. Budgetüberschuss 2012 verrechnet.
- Zu lfd. Nr. 52.1. Sportentwicklungsplan Antrag CSU 203/2012
Wird auf Antrag von Frau StRin Wirth-Hücking direkt an den HH-StR am 07.02.2013 verwiesen.
- Zu lfd. Nr. 32.2. Abführung komm. Verkehrsüberwachung Antrag GL 187/2012
Wird auf Antrag der Fraktion der Grünen Liste direkt an den HH-StR am 07.02.2013 verwiesen.
- Zu lfd. Nr. 61.5. Visualisierung der StUB, Antrag FDP 194/2012
Die FDP-Fraktion zieht den Antrag zurück.
- Zu lfd. Nr. HH.18. Gewinnausschüttung Schlachthof, Antrag GL 187/2012
Die Fraktion der Grünen Liste zieht den Antrag zurück.
- Zu lfd. Nr. HH.22. ÖPNV-Zuschuss an ESTW, Antrag SPD 166/2012
Diese Mittel erhalten einen Sperrvermerk. Gleichzeitig wird im Budget des Sportamtes eine Reduzierung in gleicher Höhe vorgenommen; dies wird auf der Position „Betriebsführungsentgelt“ umgesetzt. Sollte der Betriebsübergang in 2013 nicht umgesetzt werden können, sind diese Mittel dem Budget durch Deckung aus dem ÖPNV-Zuschuss zu bewilligen. Die im Sportausschuss bereits abgelehnten 1,5 Mio. € Auszahlungsverbesserung für die Sanierung des Freibades West werden angenommen. Dies führt zu einer Verbesserung des Investitionsprogramms um 1,5 Mio. € in 2013.
- Zu lfd. Nr. HH.32. Mehrbeteiligung Sparkasse, Anträge GL 187/2012, 190/2012
Die Angelegenheit wurde bereits an den HH-StR verwiesen.

Nachmeldungen:

- Lfd. Nr. EB.4. Grünkonzept Bergkirchweihgelände/Baumsicherheit
238.000 € einstimmig angenommen (12 gegen 0 Stimmen)
- Lfd. Nr. 51.8 Anträge GL 187/2012, Linke 207/2012 „Zuschuss Cafe Krempf“
6.000 € einstimmig angenommen (12 gegen 0 Stimmen)
- Lfd. Nr. 13.4. Antrag SPD 166/2012, Zuschusserhöhung „Die Begleiter“
15.000 € einstimmig angenommen (12 gegen 0 Stimmen)

Ergebnis/Beschluss:

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem Abstimmungsskript.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 12

II/204/2013

Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der zurückgestellten bzw. in den HFPA verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Finanzhaushalt 2013/Investitionsprogramm 2012-2016

Protokollvermerk:

- Zu lfd. Nr. A.1 Mikrofonanlage im kleinen Sitzungssaal
Wie bereits unter TOP 10.4 beschlossen, werden die benötigten Mittel i.H.v. 37.000 € für eine Mikrofonanlage im kleinen Sitzungssaal im HH 2013 bereitgestellt.
- Zu lfd. Nr. A.3 Schulsanierungsprogramm
Bezieht sich auf die Ziffer 4.: 80.000 € für die Sanierung des Chemieraumes der Werner-von-Siemens-Realschule.
- Zu lfd. Nr. A.8 Markgrafentheater, Generalsanierung
Die Erneuerung des Hubpodiums i.H.v. 40.000 € konnte bereits realisiert werden. Die SPD-Fraktion modifiziert den Antrag auf 50.000 €. Zusatzantrag hilfsweise mit Sperrvermerk (mit 4 gegen 8 abgelehnt).
- Zu lfd. Nr. A.13 Baumaßnahme Jugendtreff Innenstadt
Die Ziffer A.13 wird gemäß Tischaufgabe zu TOP 5.6 modifiziert.
- Zu lfd. Nr. A.14 Baukostenzuschuss SV Tennenlohe
Der Betrag wird auf 100.000 € reduziert und erhält einen Sperrvermerk.
- Zu lfd. Nr. A.17 Grundwerb E-West II
Die Position ist im Zusammenhang mit A.30 zu sehen. Es wird ein Gesamtbetrag i.H.v. 6.120.000 € im Jahr 2013 benötigt. Der Ansatz bei A.17 wird entsprechend korrigiert.
- Zu lfd. Nr. A.18 Adenauerring Ringschluss, Grunderwerb
Der Antrag von SPD und Grüne Liste wird mit 2 gegen 10 Stimmen abgelehnt.
Neuer Ausgabenansatz 710.000 €, der Betrag wird entsprechend korrigiert.
- Zu lfd. Nr. A.20 Busendhaltstelle Henri-Dunant-Straße, Neubau
An den Stadtrat verwiesen.
- Zu lfd. Nr. A.23 Parkhaus Innenstadt, Generalsanierung
An den Stadtrat verwiesen.
- Zu lfd. Nrn. A.24.0/1 Fahrradabstellanlage Bahnhof, Fahrradparkhaus
An den Stadtrat verwiesen.
- Zu lfd. Nr. E.29.00 Kreditaufnahmen
An den Stadtrat verwiesen (Abgleich).

Ergebnis/Beschluss:

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem Abstimmungsskript.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 13

II/205/2013

Erörterung und Begutachtung der unterjährigen Ausschuss-Sachentscheidungen zum Ergebnishaushalt 2013, Finanzhaushalt 2013/Investitionsprogramm 2012-2016, die weder im Entwurf, noch als Nachmeldung der Verwaltung bislang berücksichtigt wurden

Ergebnis/Beschluss:

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem Abstimmungsskript.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 14

II/206/2013

Erörterung und Begutachtung der mittelfristigen Finanzplanung 2012 - 2016 mit Investitionsprogramm, Haushaltsvermerke 2013, Haushaltspläne 2013 der rechtlich unselbständigen Stiftungen

Ergebnis/Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt

- a) **der mittelfristigen Finanzplanung 2012 – 2016 mit Investitionsprogramm (Variante 1)** entsprechend dem übergebenen Entwurf (siehe Haushaltsplanentwurf 2013 – Seite 355 bis 361), fortgeschrieben mit den Steuerschätzdaten vom November 2012

unter Berücksichtigung der begutachteten Veränderungen zum Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie dem Investitionsprogramm – soweit diese Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum haben –
- b) **den Haushaltsvermerken 2013**
(siehe Haushaltsplanentwurf 2013 – Seite 329 – 334)
- c) sowie den **Haushaltsplänen der rechtlich unselbständigen Stiftungen für 2013**

zu.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 9 gegen 3

TOP 15

II/201/2013

Haushaltspläne der rechtlich selbständigen Wellhöfer-Feigel-Heindel-Stiftung und der Vereinigten Erlanger Wohltätigkeitsstiftung für 2013

Ergebnis/Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss begutachtet die Haushaltspläne der rechtlich selbständigen Wellhöfer-Feigel-Heindel-Stiftung und der Vereinigten Erlanger Wohltätigkeitsstiftung für 2013 entsprechend den übergebenen Entwürfen unter Berücksichtigung der begutachteten und beschlossenen Ergänzungen und Änderungen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP 16

**Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und
Begutachtung der Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme**

TOP 16.1

13/044/2013

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13);
siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form ab Seite 13 ff.**

Sachbericht:

Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Siehe Arbeitsprogramm und Budget.

Ergebnis/Beschluss:

1.

Dem Stellenplan 2013 für das Bürgermeister- und Presseamt wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Bürgermeister- und Presseamt wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2.

Das Arbeitsprogramm 2013 für das Bürgermeister- und Presseamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 9 gegen 3

TOP 16.2

20/036/2013

Ergänzung des Arbeitsprogramms der Kämmerei, Hebesatzänderungen, Übertragung der städt. Bäder auf die ESTW

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Zuge der Haushaltsberatungen werden Gutachten gefasst, die sich auf das Arbeitsprogramm der Kämmerei auswirken. Im Arbeitsprogramm (S. 64) sind deshalb folgende Ergänzungen angezeigt:

Spalte 2 Abt. 202

„Umsetzung der Hebesatzänderungen Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer mit Vorbereitungen zum Erlass entsprechender Hebesatzsätzen (mit Amt 30). Die Arbeiten zur Optimierung des Archivierungsprogramms stehen zurück“.

Begründung: Die Änderungen der Hebesätze erfordern die Versendung von ca. 40.000 Steuerbescheiden. Die im Prinzip mögliche Erhöhung der Steuersätze per Haushaltssatzung hätte den Nachteil, dass sie erst nach Bekanntmachung der Haushaltssatzung wirksam würde. Zu diesem Zeitpunkt werden aber die Steuerzahlungen für das erste und zweite Quartal 2013 schon fällig gewesen sein. Die Kämmerei wird deshalb eine Hebesatzsatzung vorbereiten, die bereits mit dem Stadtratsbeschluss wirksam wird.

Spalte 1 Abt. 201

„Angelegenheiten der städt. Töchter, insbesondere die vollständige Übertragung der städt. Bäder auf die ESTW“.

Der bislang vorgesehene Arbeitsschwerpunkt 2013 „Umstellung der Bezuschussung an den EB77 auf ein Auftraggeber/Auftragnehmermodell“ wird gestrichen und nach 2014 verschoben.

Begründung: Die vollständige Übertragung der städtischen Bäder auf die ESTW war bislang im Arbeitsprogramm der Abteilung 201 nicht vorgesehen.

Damit diese Aufgabe und die höher priorisierten Aufgaben (Kostenträgerplan, Verrechnungssystem und Jahresabschlüsse) geleistet werden können, muss die Umstellung der Bezuschussung nach 2014 verschoben werden.

Spalte 4 BTM

„Koordinierung und Federführung des Projektes Bäder-Übertrag auf ESTW“.
Die Vorarbeiten zur Konzernbilanz werden nach 2014 verschoben.

Begründung: Wie bei Abt. 201 war dieses Projekt im Arbeitsprogramm bisher nicht vorgesehen. Gegebenenfalls wird mit einer befristeten Stundenerhöhung auf den konzentrierten, zusätzlichen Arbeitsanfall reagiert.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Versendung der Steuerbescheide Sachkosten von ca. 30.000 € bewirken wird. Des Weiteren sind für den Bäder-Übertrag externe Beratungskosten in Höhe von 15.000 € zu kalkulieren. Die Kämmerei wird jedoch (evtl. vorerst) keine Budgeterhöhung beantragen, da für diese Aufwendungen Mittel aus dem angekündigten Budgetüberschuss/Budgetrücklage der Kämmerei (siehe Controllingbericht der Kämmerei vom HFPA am 16.10.2012) eingesetzt werden können. Die Kämmerei wird die Beschlussvorlage zum Budgetübertrag 2012 entsprechend vorbereiten.

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden, wenn einem entsprechenden Budgetübertrag zugestimmt wird.
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Änderungen im Arbeitsprogramm der Kämmerei werden wie im Sachbericht dargestellt beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 17

112/074/2013

Budgetierungsregeln 2013

Sachbericht:

Fortführung der Budgetierung unter Anpassung der Regeln an die aktuellen Bedürfnisse.

Ergebnis/Beschluss:

Die Regeln für die Budgetierung gelten ab dem Haushaltsjahr 2013 in der vorgelegten angepassten Fassung (siehe Anlagen).

Der Protokollvermerk aus der 9. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses vom 26.09.2012 zu Tagesordnungspunkt 10.4 „Controlling- Zwischenbericht zum 30.06.2012“ ist aufgrund der Ergänzungen bzw. Neufassung der Ziffern 1.2.3 und 1.2.5 der Budgetierungsregeln zum Haushalt 2013 erledigt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 18

Anfragen

Protokollvermerk:

Herr StR Dr. Janik fragt an, ob, nachdem das Krippenausbauprogramm bis 2014 verlängert wurde, der Ausbau des Kindergartens an der Hans-Sachs-Straße nochmals überprüft und in die Gremien eingebracht werden könnte.

Herr berufsm. StR Dr. Rossmeissl sagt eine Überprüfung zu.

Sitzungsende

am 30.01.2013, 21:15 Uhr

Der / die Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der / die Schriftführer/in:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: